

war, was für das Land eine Steigerung der jährlichen Mietkosten von 3,8 auf sage und schreibe 11,4 Millionen € bedeutet hätte.

Es gab auch eine Rücktrittsklausel vom Vertrag, die man hätte ziehen können. Diese Klausel hat man aber auch nicht genutzt.

All das ist nicht weiter verwunderlich, weil man aus der Staatskanzlei immer wieder signalisiert hatte: Wir machen das so – nach dem Motto: wie ein Selbstbedienungsladen. Dann ist das natürlich klar. Alle, die beteiligt sind, bekommen noch eine Schippe drauf.

Kolleginnen und Kollegen, das ist wahrhaftig ein Skandal, den die alte Landesregierung zu verantworten hat. Daher ist der Schritt des Finanzministeriums, in Verbindung mit den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft eine Sonderprüfung durchzuführen, richtig und wichtig.

(Manfred Palmen [CDU]: Was ist denn mit der Uhrzeit?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Linken, allerdings habe ich mich im Ausschuss schon gewundert, dass Ihr Kollege die Sitzung verlassen und keine weiteren Fragen gestellt hat. Wenn man sachlich zur Aufklärung beitragen will, muss man sich auch beteiligen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Berghahn. Wenn ich richtig unterrichtet bin, war das Ihre erste Rede. Sie haben sie gut gemeistert.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit **schließe** ich die **Aktuelle Stunde** und rufe auf:

## 2 Die freie Schulwahl erhalten – Kommunen lehnen Wiedereinführung von Schulbezirksgrenzen ab

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/543

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Kollegen Witzel das Wort.

**Ralf Witzel (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute ist eine gute Gelegenheit, einmal Zwischenbilanz zu ziehen, wie weit die rot-grüne Minderheitsregierung bislang mit ihren bildungspolitischen Vorhaben gekommen ist.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sehr weit!)

Bei den Themen, die wir in den letzten Tagen hatten, bietet sich als Hattrick aus der Serie „Pleiten, Pech und Pannen“

(Lachen von Sören Link [SPD] – Zurufe von den GRÜNEN)

natürlich auch Ihre Bestrebung an, in Nordrhein-Westfalen wieder Schulbezirksgrenzen einführen zu wollen; denn bei all dem, was Sie angekündigt haben und auch Ihren linken Zielgruppen im Wahlkampf versprochen haben, ist es schon „stark“, was Sie bislang auf die Beine gestellt haben.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Genau! Das ist richtig stark!)

Zum Ersten haben Sie jahrelang in Symboldebatten dargestellt, wie grausam ein G8-Abitur ist und dass doch alle Menschen in unserem Land, wie Sie von sämtlichen Betroffenen hören, mit denen Sie sprechen, unbedingt wieder mit G9 und damit langsamer lernen wollen.

Bis zum heutigen Termin haben, wie die Schulministerin einräumen musste, 0,0 Schulträger einen förmlichen Antrag gestellt.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Die Antragsfrist läuft ja noch!)

– Bis Jahresende können sie das noch tun; das ist richtig. Bis heute gibt es aber null Interesse.

Zum Zweiten war es für Sie ganz zentral, die Schulstrukturen zu verändern und die Differenzierung zu zerschlagen. Deshalb haben Sie Ihre sogenannte Gemeinschaftsschule als sogenannten Schulversuch auf den Weg gebracht, was alles auch rechtlich sehr schwierig ist.

Als Ergebnis hat die Schulministerin gestern veröffentlichten müssen, dass es zwei konkrete Antragstellungen von Schulträgern gibt – bei über 2.000 entsprechenden Schulen.

Zum Dritten waren die Schulbezirke eines Ihrer Symbolthemen. Fünf Jahre lang war es für Sie von SPD und Grünen in der Opposition immer eine Angriffsfläche, dass wir die freie Schulwahl eingeführt haben und gesagt haben: Menschen wissen selber am besten, an welchen Schulen sie ihre Kinder anmelden wollen; der Staat ist nicht die richtige Instanz, das zu entscheiden.

(Sören Link [SPD]: Sie haben die freie Schulwahl doch abgeschafft, Herr Witzel! Welche Menschen konnten die Schulen denn frei wählen?)

Nun dürfen Sie feststellen, dass nach Ihrer Ankündigung, das jetzt entsprechend zu realisieren, über 90 % der Kommunen dieses Landes Desinteresse zeigen. Auf Grundlage der Erkundigungen, die die kommunalen Spitzenverbände bei ihren Gremientagungen eingeholt haben, lautet die Einschätzung,

dass vielleicht 5 bis 10 % der Kommunen davon Gebrauch machen wollen –

(Beifall von der FDP – Sören Link [SPD]: Von solchen Zahlen träumen Sie, Herr Witzel!)

die armen Schüler und Eltern in den Kommunen, die dann davon betroffen sind! –, aber über 90 % das nicht wollen. Da fallen bei Ihnen Anspruch und Wirklichkeit meilenweit auseinander, wenn man die Symboldebatten der letzten Jahre beobachtet hat.

(Beifall von der FDP)

Deshalb sagen wir Ihnen, Frau Schulministerin Löhrmann: Sie sind als bildungspolitischer Geisterfahrer unterwegs.

(Lachen von Ministerin Sylvia Löhrmann)

Was Sie wollen, bekommt ganz offenkundig von der Breite der Bevölkerung, von dem großen Anteil der Betroffenen, von den Menschen in Nordrhein-Westfalen in unserem Schulwesen keine Rücken-deckung. Sie sind der bildungspolitische Geisterfahrer in Nordrhein-Westfalen.

Immer, wenn wir Sie im Vorhinein davor warnen, bestimmte Maßnahmen auf den Weg zu bringen,

(Gunhild Böth [LINKE]: Dann tun die das trotzdem! Das ist ja erstaunlich!)

nehmen Sie unsere Warnungen nicht ernst und handeln wirklich wie ein Geisterfahrer, der sich fragt: Warum warnen Sie mich vor einem Geisterfahrer? Es sind doch Hunderte unterwegs.

(Zuruf von der SPD: Oh! Sie sind doch auf der falschen Spur!)

Sie müssen sich die Frage stellen, welchen Beitrag Sie zu dieser Situation leisten.

(Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD: Falsche Ausfahrt!)

Während Sie bislang mit Ihrer sogenannten Gemeinschaftsschule, die den bildungspolitischen Leitlinien vieler 68er entspricht, Schiffbruch erleiden

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

greifen Sie bei der Wiedereinführung der Schulbezirke noch weiter zurück in die Vergangenheit,

(Zuruf von der SPD: Gleich kommt die DDR!)

nämlich bis in die Weimarer Zeit.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Damals fand man es modern, Schulbezirke einzuführen,

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

weil man damals noch sehr obrigkeits- und staatsgläubig gedacht hat, weil man der Auffassung war, dass der Staat alles besser weiß, dass der Staat für den einzelnen Menschen alles besser regeln kann,

weil man den Menschen nicht das Vertrauen entgegengebracht hat, durch die eigene Entscheidungskompetenz für sich selber die besten Lösungen und Wege zu finden.

Sie sind noch weiter zurück in der Geschichte angekommen, aber eben nicht in der Realität eines modernen Bildungswesens, das Zutrauen zu den Menschen und zu richtigen Entscheidungen hat.

(Zuruf)

Es muss schon ein sehr frustrierender Job für Ihre Emissäre sein, Frau Löhrmann, die im Land durch die Gegend ziehen und überall in der Fläche dafür werben, welche Neuerungen die rot-grüne Minderheitsregierung beabsichtigt und einführt.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Sie sehen: Das fährt zum Glück bislang alles mit Karacho vor die Wand.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Das ist doch für Sie sicherlich erkenntnisstiftend.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Wir haben Folgendes nie verstanden: Immer, wenn es um qualitative Gesichtspunkte ging, also wenn es gute sachliche Gründe für eine Differenzierung gab, waren Ihnen sachliche Kriterien für die Schulformenwahl völlig egal. Sie sind gegen verbindliche Grundschulgutachten, Sie sind gegen Probeunterricht gewesen. Wenn es um Anforderungen geht, um Leistungskriterien, haben Sie immer für Beliebigkeit und dafür plädiert, dass Normen und Standards weg müssen.

(Gunhild Böth [LINKE]: Das ist doch völliger Quatsch!)

Aber wenn es innerhalb einer Schulform bei einem für ein Gymnasium geeignetes Kind um die Frage geht, an welchem Gymnasium es sich anmelden soll, sorgen Sie jetzt für eine Verschärfung der Situation. Wir haben früher nur über Grundschulbezirke gestritten, Sie wollen jetzt für alle Schulformen entsprechende Schulbezirksgrenzen ermöglichen,

(Lachen von Ministerin Sylvia Löhrmann)

Leute zwangszuweisen und Kinder hausnummernweise sortieren,

(Widerspruch von Sigrid Beer [GRÜNE])

Sandkastenfreundschaften von Grundschulkindern auseinanderreißen,

(Gunhild Böth [LINKE]: Haben Sie den Gesetzentwurf überhaupt gelesen?)

weil Sie glauben, der Staat könne alles umfänglich regeln.

(Beifall von der FDP)

Wir vertrauen den Menschen.

(Beifall von der FDP)

Wir sagen: Es ist im Bildungswesen legitim, dass es Anforderungen gibt und dass man unter Qualitätsgesichtspunkten auch einmal Hürden hat.

(Zurufe von Andrea Asch und von Norwich Rüße [GRÜNE])

– Ja, Frau Asch, wir stehen dazu: Nicht jeder darf studieren.

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Um in unserem Land zu studieren, braucht man eine Hochschulzugangsberechtigung.

(Beifall von der FDP – Serdar Yüksel [SPD]: Ein dickes Portemonnaie der Eltern, Herr Witzel!)

Wir sind auch der Auffassung, dass man einen Führerschein braucht, um Autofahren zu dürfen.

(Beifall von der FDP)

Es hat aber keinen Sinn, dass Sie sagen, wenn Eltern eine Schulformwahlentscheidung befolgen: Nein, du darfst dich nicht an dieser Realschule und an diesem Gymnasium anmelden, weil der Staat besser weiß, in welchen anderen Stadtteil du dafür fahren musst. – Das ist Politik von vorgestern. Dahin wollen Sie zurück. Zum Glück haben Sie dafür nicht die Rückendeckung der Menschen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Geisterfahrer!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Witzel, würden Sie noch eine Frage von Frau Asch zulassen?

**Ralf Witzel (FDP):** Aber selbstverständlich.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Vielen Dank. – Ich hatte mir schon Sorgen gemacht, dass Sie vor lauter Erregung gar nicht mehr zuhören und Fragen wahrnehmen können.

(Beifall von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Ich helfe gerne weiter!)

Herr Witzel, wenn Sie so viel Wert darauf legen, dass Sie die Entscheidung der Eltern respektieren, könnten Sie diesem Hause dann einmal erklären, warum Sie in Ihrem veränderten Schulgesetz die Entscheidung der Eltern, welche weiterführende Schule ihre Kinder besuchen, ausgehebelt haben? Das haben Sie nämlich gemacht.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie haben diese Entscheidung nämlich den Schulen überlassen und damit die Entscheidungsfreiheit der Eltern unterminiert.

**Ralf Witzel (FDP):** Frau Asch, ich beantworte Ihnen die Frage, obgleich ich in den letzten Minuten dazu schon einiges gesagt habe, sehr gerne,

(Serdar Yüksel [SPD]: Da bin ich aber gespannt! – Gegenruf von Britta Altenkamp [SPD]: Ich kenne die Antwort schon!)

weil ich die Hoffnung habe, dass Sie sich auch mit unseren Argumenten auseinandersetzen.

Frau Asch, ich will Ihre Frage beantworten. Für uns ist Folgendes entscheidend – wir sagen ausdrücklich –: Wenn es in einem Bildungswesen um Standards geht ...

(Andrea Asch [GRÜNE]: Ich habe eine klare Frage gestellt! Ich erwarte eine klare Antwort!)

– Ich beantworte gerade ganz konkret Ihre Frage.

Wenn es in einem Bildungswesen um Standards geht, um Qualität geht,

(Serdar Yüksel [SPD]: Dritter Anlauf!)

wenn ich bestimmte Bildungsgänge auf unterschiedlichem Anforderungsniveau habe,

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

sage ich Ihnen, Frau Asch, in Beantwortung Ihrer Frage, ist es zulässig,

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das beantwortet nicht meine Frage!)

wenn der Staat dafür entsprechende sachliche Qualitätskriterien definiert, wer welches Leistungsvermögen haben muss, um entsprechende Bildungslaufbahnen zu besuchen.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Antworten Sie auf meine Frage, Herr Witzel!)

Denn da gibt es Qualitätskriterien.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Sie haben den Elternwillen unterminiert!)

Wir können aber nicht Ihre Logik nachvollziehen, mit der Sie sagen: Wenn Entscheidungen über Bildungsstandorte an Qualitätskriterien, an sachlichen Zugangsvoraussetzungen hängen,

(Andrea Asch [GRÜNE]: Quatsch!)

oder an Berechtigungen, die man vorher im Bildungswesen erworben hat, soll das aus Ihrer grünen Logik heraus alles weg.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

Aber wenn jemand die entsprechende Berechtigung hat, wollen Sie als Staat bei den Schulstandorten für ihn entscheiden, welchen er zu besuchen hat.

(Zuruf von Norwich Rüsse [GRÜNE])

Das macht keinen Sinn. Uns ist dieser Qualitätsbezug sehr wichtig, Frau Asch, weil wir nämlich zum Qualitätswettbewerb stehen und doch sehen, was in der Schullandschaft passiert ist: Schulen, die zwangsweise vom Staat ihre Schüler zugeführt bekommen,

(Widerspruch von den GRÜNEN)

müssen sich bei ihren Angeboten nicht so anstrengen und sich um Schüler bemühen

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

wie diejenigen, die in einem Wettbewerb stehen.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Wir haben in den letzten Jahren gesehen, dass viel Kreativität entstanden ist. Das wollen wir, weil unser Bildungswesen leistungsfähiger werden muss.

(Beifall von der FDP – Serdar Yüksel [SPD]:  
Wo ist die Antwort gewesen? Keine Antwort auf die Frage!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Kollege Wiedon das Wort.

**Stefan Wiedon** (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Diskussion wieder ein bisschen versachlichen. Wir diskutieren heute über die Wiedereinführung von Schulbezirksgrenzen. Bis 2008 gab es in Nordrhein-Westfalen Schulbezirksgrenzen. Eltern und Schüler hatten keine freie Wahl der Grundschule und waren gezwungen, die ortsnahe Grundschule zu wählen, und zwar unabhängig davon, ob sie ihren Vorstellungen entsprach oder nicht.

Nach dem Wegfall der Schulbezirksgrenzen war es Eltern erstmals möglich, ihre Kinder auch an Grundschulen anzumelden, die die besonderen und individuellen Fähigkeiten der Kinder berücksichtigen.

Die rot-grüne Minderheitsregierung versucht nun, die für Eltern und Kinder gewonnene Freiheit der Schulwahl wieder einzuschränken. Dies wäre ein Rückfall in verstaubte bildungspolitische Tage.

(Beifall von der CDU – Gunhild Böth [LINKE]:  
Die Wege sind so staubig dahin, oder was?  
– Zuruf von Sören Link [SPD])

– Lieber Herr Kollege Link, ich bin selbst Arbeiterkind.

(Sören Link [SPD]: Dann sind Sie aber in der falschen Partei!)

Nach 39 Jahren SPD-Regierung in Nordrhein-Westfalen war es in keinem anderen Land so sehr vom Portemonnaie der Eltern abhängig, welchen Bildungserfolg man hat. Für diese Bilanz sollten Sie sich noch heute schämen.

(Beifall von der CDU und von Ralf Witzel [FDP] – Sören Link [SPD]: Entschuldigung, da haben Sie aber in der Schule nicht gut aufgepasst!)

Gegen die Wiedereinführung der Schulbezirksgrenzen sprechen ganz klare Gründe. Bis 2008 haben Schulbezirksgrenzen bestanden. Aber hat das dazu geführt, dass es eine vernünftige Mischung zwischen Jungen und Mädchen, zwischen Kindern aus bildungsferneren und bildungsnäheren Elternhäusern, zwischen Kinder mit und ohne Migrationshintergrund und zwischen Kindern der verschiedenen Religionen gab? – Nein, es hat diese Mischung nicht gegeben. Sie bräuchten im Prinzip eine Art Zensor, der eine vernünftige Mischung organisiert.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Das kann doch niemand ernsthaft wollen. Die Schulbezirksgrenzen haben nicht zu dem geführt, was Sie gerne hätten. Das allein ist doch schon ein Grund, sie nicht wieder einzuführen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ein weiterer ganz entscheidender Grund ist der folgende: Wir betrachten die Bildungssysteme heute durchgängig, und die erste Bildungsstätte ist heute nicht die Grundschule, sondern die Kindertagesstätte; da sind wir uns doch einig. Sie wissen doch selbst genau, dass die Eltern auch die Kindertagesstätte frei wählen können. Es gibt unterschiedliche Träger, etwa städtische oder kirchliche. Die Eltern haben die freie Wahl dazwischen. Die Kinder schließen in der Kindertagesstätte Freundschaften, und viele Eltern machen die Wahl der Grundschule von diesen Freundschaften abhängig. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot und Grün, reißen die Kinder dann auseinander, wenn gegenüberliegende Straßenseiten zu einem jeweils anderen Schulbezirk gehören.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das kann doch nicht der richtige Ansatz sein. Wenn man Ihren Ansatz konsequent durchzieht, müssten Sie auch schon für die Kindertagesstätten Bezirke haben.

Herr Link, unterhalten Sie sich doch einmal mit dem Schuldezernenten von Düsseldorf. Er hat ein SPD-Parteibuch und kann Ihnen einiges zu dem Thema sagen. Das wäre auch für Sie sehr erhellend.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Sören Link [SPD]: Wir zwingen ihn doch nicht, das einzuführen, wenn er das nicht will!)

Schon vor dem Wegfall der Schulbezirksgrenzen war es nicht so, dass jedes Kind die für seinen

Wohnort zuständige Grundschule besucht hat. Die Anmeldung an vermeintlich besseren Grundschulen war vor dem Wegfall der Schulbezirksgrenzen aber bildungsnahen Familien vorbehalten, in denen die Eltern wussten, wie man die entsprechenden Ausnahmen bei der Schulaufsichtsbehörde durchsetzt.

Vor dem Wegfall der Schulbezirksgrenzen sind in Düsseldorf 14 % der Schüler gewandert; nach dem Wegfall waren es 19 %. Bildungsfernen und sozial benachteiligten Familien wurde vorher der Zugang zu angeblich besseren Grundschulen verwehrt, weil sie sich im Regelsystem nicht auskannten. Deshalb haben wir unnötige Genehmigungsbürokratie abgebaut und allen Familien – egal, aus welchem sozialen Umfeld sie kommen – den freien Zugang zu Grundschulen ermöglicht.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Rot-Grün setzt sich nun dafür ein, dass sozial benachteiligte Familien bei der Schulwahl ausgegrenzt werden.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Unglaublich! – Sören Link [SPD]: Von keiner Sachkenntnis getrübt!)

Jetzt kommt dazu, dass die Schulbezirksgrenzen auch noch für die weiterführenden Schulen gelten sollen.

Ich gebe Ihnen jetzt einmal ein familiäres Beispiel: Mein Cousin hat drei Kinder, seine Frau ist Engländerin, und er wohnt im rechtsrheinischen Bilk. Im linksrheinischen Cecilien-Gymnasium wird bilingual – auf Deutsch und auf Englisch – unterrichtet. Jetzt wollen Sie dieser Familie sagen, sie könne ihren Kindern nicht mehr diesen bilingualen Unterricht ermöglichen, weil sie auf der falschen Rheinseite wohnt?! Das kann doch nicht Ihr Ernst sein!

(Beifall von der CDU und von der FDP – Norwich Rüße [GRÜNE]: Popanz!)

– Nein, das ist überhaupt kein Popanz. Das ist die Wahrheit.

(Sören Link [SPD]: Von keinerlei Sachkenntnis getrübt!)

Es gibt Grundschulen, die ein spezielles Profil haben, das nicht für alle Eltern innerhalb eines Schulbezirks infrage kommt. Wenn Schulen ein spezielles Profil entwickelt haben, dann ist es doch nur konsequent, dass Kinder aus dem gesamten Stadtgebiet sie besuchen können.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

In verschiedenen Kommunen hat man die Schuleinzugsbereiche für Montessori-Schulen ausgeweitet. Frau Ministerin Löhrmann, Sie haben in Ihrer Rede am Mittwoch zum Beispiel die Montessori-Schule in Borken doch noch gelobt. Deren gute Arbeit wird bei Wiedereinführung der Schulbezirksgrenzen nur noch für wenige Kinder zugänglich sein. Das ist

doch widersprüchlich. Sie können solche Bildungseinrichtungen doch nicht auf der einen Seite loben, auf der anderen Seite aber den Zugang zu ihnen für die meisten Kinder verbauen. Das ist wirklich widersprüchlich!

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Alles falsch!)

Auch nach dem Wegfall der Schulbezirksgrenzen hatten Eltern selbstverständlich das Recht, ihr Kind bei der wohnortnahen Grundschule anzumelden. Die Eltern haben heute einen durchsetzbaren Anspruch darauf, dass ihr Kind dort aufgenommen wird. Soweit die Aufnahmekapazität es zulässt, können darüber hinaus auch Kinder von anderen Orten, die weiter von der Schule entfernt sind, aufgenommen werden.

Die ganz überwiegende Mehrheit der Eltern wird sicherlich auch zukünftig die wohnortnächste Grundschule für ihre Kinder auswählen – es ist also gar nicht notwendig, die Bezirksgrenzen wieder einzuführen –, es soll ihnen aber auch freistehen, ihr Kind auch auf einer anderen Schule anzumelden, ohne sich bei der Schulaufsichtsbehörde dafür rechtfertigen zu müssen.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Außerdem findet der Wunsch der Eltern selbstverständlich dann seine Grenzen, wenn die Aufnahmekapazität der gewählten Schule erschöpft ist oder die Zahl der Anmeldungen die Mindestgröße unterschreitet. Große Wanderungsbewegungen werden außerdem durch die Begrenzung der Zügigkeit verhindert.

Im Ergebnis dürfen die Schulbezirksgrenzen nicht wieder eingeführt werden. Die Wiedereinführung der Schulbezirksgrenzen führt zu einer sozialen Spaltung. Sie führt zu einer Beschränkung des Elternwillens. Sie führt zur Abschaffung der freien Schulwahl und von Wettbewerb in der Bildung. Wenn Sie von Rot-Grün das wollen, dann kann ich Ihnen nur sehr deutlich sagen: Das ist nicht unser Weg.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Wenn man das bis zum Ende durchdenkt und dann auch noch die Gemeinschaftsschule hinzunimmt, bedeutet das nicht nur allein eine Schulform für alle, sondern eben auch noch Schulbezirksgrenzen. Das heißt, ich habe innerhalb der Gemeinschaftsschule noch nicht einmal die Möglichkeit, mich zu orientieren, sondern muss auch noch eine spezielle Gemeinschaftsschule nehmen. Das ist doch eine schulpolitische Horrorvorstellung.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Ministerin, Sie sind doch eine intelligente Frau. Mit Ihnen kann man doch vernünftig sprechen. G8/G9 will keiner. Schulbezirksgrenzen wollen die meisten auch nicht, selbst die, die kein CDU-Parteibuch haben. Ich sage Ihnen: Nehmen Sie das

zurück! Es ist auch ein Zeichen von Größe, zu sagen: Ich habe es gut gemeint, aber das Gegenteil von gut gemacht ist manchmal gut gemeint. – Zeigen Sie Größe! Sagen Sie: Es war ein Fehler!

(Gunhild Böth [LINKE]: Herr Wiedon, Sie müssen mit dem Parlament reden und nicht mit der Ministerin!)

Nehmen Sie G8/G9 zurück! Nehmen Sie die Schulbezirksgrenzen zurück!

(Gunhild Böth [LINKE]: Sie haben keine Ahnung von Gesetzgebungsverfahren!)

Das wäre für uns alle sehr hilfreich. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Wiedon. – Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Bovermann das Wort.

**Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Anstelle des irreführenden Titels „Die freie Schulwahl erhalten – Kommunen lehnen Wiedereinführung von Schulbezirksgrenzen ab“ hätten wir diese Debatte besser unter dem Titel „Alle Jahre wieder“ oder „Und täglich grüßt das Murmeltier“ geführt.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Gunhild Böth [LINKE]: Bravo!)

Denn dank des FDP-Antrags glaubt man, in einer Zeitschleife festzusitzen. Denn es taucht alpträumerhaft immer wieder dieselbe Tagesordnung auf.

(Lachen von der SPD)

Eigentlich hätten wir den Antrag ja schon im Rahmen des vierten Schulrechtsänderungsgesetzes beraten können, Herr Witzel.

(Gunhild Böth [LINKE]: Genau!)

Nun tun wir es heute. Dazu will ich auch meinen Beitrag leisten.

In Ihrem Antrag nimmt die FDP zunächst einmal Bezug auf die Anhörung des Schulausschusses vom 3. November. Mir drängten sich beim Durchlesen zwei Eindrücke auf. Entweder die FDP-Abgeordneten waren bei einer ganz anderen Veranstaltung oder aber sie haben nicht richtig zugehört. Ich will Ihnen auch einige Belege dafür liefern.

In Ihrem Antrag weisen Sie mit Bezug auf den Städte- und Gemeindebund darauf hin, es habe eine Umfrage unter den Kommunen gegeben – Sie haben sie auch gerade noch einmal zitiert, Herr Witzel –, dass über 90 % der Gemeinden an der freien Schulwahl festhalten wollen.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Dr. Menzel vom Städte- und Gemeindebund hat nun in der Anhörung gesagt – ich zitiere –:

„Wir haben keine Umfrage bei unserer Mitgliedschaft dahin gehend durchgeführt, welche Mitgliedskommunen im Einzelnen beabsichtigen, die Schulbezirke wieder einzuführen.“

(Ralf Witzel [FDP]: Wo kommen die 90 % her?)

– Ja, wo kommen Ihre 90 % her? Das würde ich gerne wissen.

(Beifall von Sören Link [SPD])

Der zweite Punkt: Die ursprünglichen Befürchtungen – lesen Sie aus dem Städtetag Nordrhein-Westfalen heraus – seien nicht eingetreten. Ich zitiere noch einmal Herrn Dr. Menzel:

„Für unseren Mitgliedsbereich kann ich das so definitiv nicht sagen. Wie gesagt, haben wir gerade in großen Flächenkommunen gewisse Problemlagen.“

Der dritte Punkt Ihrer Argumentation: Sie stützen sich auf die Elternvereinigungen, die in großer Anzahl eine Wiedereinführung von Schulbezirken ablehnen würden. Ich habe es noch einmal nachgerechnet. Bei den Eltern- und Schülervertretern haben sich sieben für Schulbereichsgrenzen ausgesprochen und fünf dagegen. Bei den Lehrerverbänden – das haben Sie ganz ausgeklammert – ist das Ergebnis in der Anhörung noch eindeutiger gewesen. Es gab sechs Befürworter. Drei waren dagegen. Also Ihre Überschrift „Kommunen lehnen Wiedereinführung von Schulbezirksgrenzen ab“ kann ich nicht nachvollziehen. Sie müssen noch einmal darlegen, wo Sie die abgeleitet haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ganz im Gegenteil, der Städtetag bewertet die Wiedereinführung der Schuleinzugsbereiche – keine Schulbezirke – als positiv. Der Städte- und Gemeindebund spricht davon: Wir können das ausdrücklich begrüßen.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie tun es aber nicht!)

Das sind alles Zitate aus den Stellungnahmen bzw. aus der Anhörung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ziehen wir also eine Zwischenbilanz! Schon bei der Problemanalyse des FDP-Antrags stellen wir fest, dass dieser völlig verfehlt ist und das Produkt selektiver Wahrnehmung ist.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Weder geht es um Schulbezirke, sondern um Schulbereichsgrenzen, noch um Freiheit oder Zwang, sondern um eine Option für die Kommunen. Es geht auch nicht um die Ablehnung in der kom-

munalen Familie, sondern im Gegenteil: Ein Großteil der kommunalen Familie begrüßt das.

Ich komme zum Kernbereich der Diskussion, den Argumenten pro und kontra Schulbereichsgrenzen. Bei der FDP findet man im Antrag Hinweise mit den Begriffen „Schulprofile“ und „Qualitätswettbewerb“.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Das ist natürlich ein rein ökonomisches Modell, was man bei den Liberalen ja durchaus auch vermuten kann. Der Markt ist das Steuerungsinstrument. Schulschließungen sind dann eben Abstimmungen mit den Füßen.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Es gibt aber grundsätzliche Kritik an diesem Modell, Herr Witzel und Frau Pieper-von Heiden. Es gibt keinen empirischen Nachweis, dass mehr Wettbewerb unter den Schulen automatisch auch zu mehr Qualität führt.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wenn Sie sich einmal stärker mit Institutionenökonomie beschäftigen würden, würden Sie schnell feststellen, dass auch Transaktionskosten zu berücksichtigen sind. Das heißt, mit den Schuleinzugsbezirken wird auch eine bestimmte Entlastung für die Eltern, für die Schüler und auch für die Kommunen vorgenommen. Das hilft also auch.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Entlastung?)

Das stellt auch eine Art von Unterstützungssystem dar, weil wir weniger Suchkosten und auch weniger Informationskosten haben und weil die Kommunen unter Umständen weniger Investitionskosten haben,

(Ralf Witzel [FDP]: Sie gehen von einem unmündigen Menschenbild aus!)

wenn sie nicht immer wieder versuchten, hinter den vermeintlichen Elternwünschen die entsprechenden Bauten hinterherzuliefern.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ratajczak?

**Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD):** Der hat ja heute Geburtstag; da kann ich natürlich nicht Nein sagen. Von meiner Seite auch herzlichen Glückwunsch!

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Von meiner Seite auch, Herr Kollege Ratajczak. Jetzt erteile ich Ihnen das Wort.

**Marc Ratajczak<sup>1)</sup> (CDU):** Danke schön. – Herr Prof. Bovermann, herzlichen Dank für die netten

Glückwünsche und dafür, dass Sie die Frage zulassen.

Sie sprechen von Transaktionskosten und haben gerade versucht, es darzustellen. Aber ist es nicht wichtiger, anstatt auf solche Kosten lieber auf das Wohl des Kindes und auf die Schwerpunkte für das Wohl des Kindes zu schauen als nur auf diese Kostenrelation?

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

**Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD):** Völlig richtig, und das ist auch eigentlich mein Ansatz. Ich wollte Ihnen, den CDU-Kolleginnen und -Kollegen, und weniger den Vertretern der FDP, die immer wieder mit ökonomischen Kriterien und mit Bezügen zum Markt handeln, entgegenkommen und mit Ihnen argumentieren. Ich stimme Ihnen völlig zu.

(Ralf Witzel [FDP]: Es geht um die Nachfrage gemacht der Betroffenen!)

Zu diesem Aspekt, worin das Wohl des Kindes und vor allen Dingen die Chancengleichheit und -gerechtigkeit besteht, werde ich gleich noch kommen.

(Ralf Witzel [FDP]: Chancengleichheit ist doch keine Belastung!)

Sie sehen Freiheit immer nur unter dem Aspekt der völligen individuellen Gestaltung. Freiheit heißt aber auch immer, die Rechte der anderen und auch den Aspekt der Gerechtigkeit zu berücksichtigen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir unterscheiden uns grundsätzlich in dem Wertekanon. Sie wissen ja, bei der SPD ist das eben Freiheit, Gleichheit – oder Gerechtigkeit – und Brüderlichkeit,

(Zuruf: Geschwisterlichkeit!)

und diese drei Dinge stehen für uns gleichberechtigt nebeneinander.

Ich komme zu meiner Argumentationslinie zurück. Ich empfehle Ihnen, noch einmal einen Blick in das Papier des Städte- und Gemeindebundes von 2006 zu werfen,

(Ralf Witzel [FDP]: Das sehen die heute aber anders!)

das zu der damaligen Diskussion erstellt worden ist, als Sie die Schuleinzugsbezirke abgeschafft haben. Darin steht auch der Kompromissvorschlag, den wir als SPD und Grüne aufgegriffen haben.

Es gibt nämlich gute pädagogische Gründe für Schuleinzugsbereiche: Kurze Beine, kurze Wege,

(Ralf Witzel [FDP]: Im aktuellen Recht kann jeder das genauso für sich entscheiden, wenn er dies denn will, er muss es aber nicht!)

das heißt eine enge Verbindung zwischen der Schule und dem Stadtteil und dem Quartier. Freundschaftliche Beziehungen zu gleichaltrigen Kindern in der Nachbarschaft können dadurch gefördert werden.

(Ralf Witzel [FDP]: Die werden doch gerade auseinandergerissen, wenn die aussortiert werden! – Gunhild Böth [LINKE]: Das ist doch Quatsch! – Zuruf von Sören Link [SPD])

– Sie führen immer ein krasses Beispiel an, wo auf der einen Seite sozusagen der Schuleinzugsbezirk endet und auf der anderen Seite anfängt.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP] – Ralf Witzel [FDP]: Irgendwo muss doch die Grenze sein!)

– Schon. Aber es wird doch keine Kommune die Grenzen so ziehen,

(Ralf Witzel [FDP]: Ja! – Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Ja!)

dass es sozusagen durch Häuser, durch gewachsene Quartiere geht.

(Sören Link [SPD]: Teilweise durchs Wohnzimmer! Bettenscharf wird die Grenze gezogen! Zwillinge werden auseinandergerissen!)

Wir können das im Ausschuss anhand von Beispielen sicherlich noch vertiefen.

Ich möchte noch auf ein zweites Argument eingehen. Schuleinzugsbezirke sind eben auch ein Instrument gegen eine immer stärkere Segregation, die wir gerade in den Ballungsräumen, gerade auch im Ruhrgebiet feststellen müssen.

(Ralf Witzel [FDP]: Genau das ist falsch! Starre Schulbezirke zementieren die soziale Wohnstruktur und projizieren sie auch ins Schulsystem!)

Drittens gibt es sehr gute kommunalpolitische Gründe. Die Schuleinzugsbezirke sind ein wichtiges Gestaltungs- und Steuerungselement der Schulentwicklungsplanung.

Lieber Herr Witzel, Sie haben mehrfach auf konkrete Beispiele hingewiesen. Deshalb möchte ich Ihnen gern ein Beispiel aus Hattingen präsentieren. In Hattingen gibt es eine Gemeinschaftsgrundschule; das ist die Gemeinschaftsgrundschule Rauendahl. Dort stand in unserem Schulentwicklungsplan von 2006 bis 2011 eine einzügige Grundschule mit ca. 30 Schülerinnen und Schülern.

Dann, meine Damen und Herren, kam das schwarze Schulgesetz mit der Aufhebung der Grundschulbezirke. Die Anmeldungen gingen drastisch zurück. Im Schuljahr 2009/2010 waren es nur noch 18 Kinder statt der prognostizierten 31 Kinder,

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

2010/2011 konnte keine Eingangsklasse mehr gebildet werden, und 2011/2012 ist bereits das zweite Jahr, wo keine Eingangsklasse mehr zur Verfügung steht.

Jetzt schauen wir uns die Schule mal etwas genauer an. Das ist eine Schule mit verlässlicher Vormittagsbetreuung,

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

mit Sport- und Schwimmhalle, mit Zusammenarbeit mit dem Kinder- und Jugendtreff,

(Ralf Witzel [FDP]: Da ist was schiefgelaufen!)

und sie ist fußläufig im Ortsteil erreichbar. Das ist eine Schule, die 2007 von Herrn Dr. Rüttgers und Frau Sommer das Gütesiegel „Individuelle Förderung“ bekommen hat. Diese Schule machen wir jetzt zu,

(Ursula Doppmeier [CDU]: Warum?)

obwohl im Ortsteil genügend Schülerinnen und Schüler vorhanden sind, diese Schule aber Verlierer in dem von Ihnen initiierten Wettbewerb ist.

(Sören Link [SPD]: Das ist kein Wettbewerbsversagen, das ist Marktversagen! – Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

– Das kann ich Ihnen auch sagen. Es ist nämlich die Schule mit dem höchsten Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund. Das ist der wirkliche Grund, der dahintersteht, hinter Schulwahlverhalten, hinter dem angeblich so rationalen Schulwahlverhalten der Eltern.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage von einem Kollegen, der heute nicht Geburtstag hat?

**Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD):** Nein, nur Geburtstagssonderwünsche werden heute vergeben.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Also keine Zwischenfrage.

**Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD):** Zusammenfassend will ich darauf hinweisen, dass der Antrag der FDP an der Wirklichkeit und auch an der Diskussion in der Sache vorbeigeht. Wir werden ihn natürlich – das ist Brauch – an den Schulausschuss überweisen und sicherlich im Rahmen der Diskussion zum 4. Schulrechtsänderungsgesetz dann weiter beraten.

Wir halten an dem Gesetzentwurf der rot-grünen Koalition fest,

(Ralf Witzel [FDP]: Keine gute Nachricht für die Menschen in unserem Land!)

der für Grund- und Berufsschulen erstmalig Schuleinzugsbereiche anstelle von Schulbezirken vorsieht und für alle anderen Schulen die Rückkehr zum Status quo ante. Unser Ziel ist, gemeinsames Lernen zu fördern, gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund, mit und ohne Behinderungen und auch für Kinder, die zusammen in einem Schuleinzugsbereich wohnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Schade!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Bovermann. – Für die grüne Fraktion hat nun Herr Kollege Rüste das Wort.

**Norwich Rüste** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Einführung der Schuleinzugsbereiche ist ein weiterer Baustein unserer Schulpolitik, die konsequent auf Ermöglichung setzt und die Akteure vor Ort stärkt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Als Münsterländer Abgeordneter möchte ich Ihnen einmal sagen, wie es ist, vor Ort aktiv zu sein und unsere Schulpolitik in die Orte zu tragen: Es macht richtig Spaß, mit den Schulleiterinnen zum Beispiel von Hauptschulen zu reden, welche Perspektiven wir ihnen ermöglichen und dass endlich neuer Wind weht. Sie sind ja auch nicht zuletzt wegen der Schulpolitik im Mai abgewählt worden.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Gunhild Böth [LINKE])

Meine Damen und Herren, wir setzen an dieser Stelle einmal mehr unser Prinzip um, Politik mit den Menschen zu machen und jeweilige Bedarfe vor Ort zu respektieren.

(Ralf Witzel [FDP]: Deshalb ignorieren Sie wohl auch die Menschen in der Schulkonferenz, wenn Sie Schulvielfalt zerschlagen wollen!)

Genau deshalb werden wir an dieser Stelle auch nicht die alten Schulbezirke wieder einführen, also lediglich die schwarz-gelben Beschlüsse von 2006 revidieren. Nein, wir machen etwas richtig Neues, Herr Witzel. Wir räumen jetzt den Kommunen die Möglichkeit ein – das ist der entscheidende Unterschied –, bei Bedarf Schuleinzugsbereiche festzulegen.

(Ralf Witzel [FDP]: Die meisten wollen das doch gar nicht!)

– Das Entscheidende ist aber, dass man die Möglichkeit einräumt. Und wer es nicht will, muss es nicht tun. Aber wer es braucht, kann es tun. Das ist wichtig! Das sollten Sie sich einmal hinter die Ohren schreiben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Entscheidende für uns ist: Wir zwingen unseren Kommunen an dieser Stelle überhaupt nichts auf. Wir geben ihnen ein Instrument an die Hand, so wie wir es auch mit der Gemeinschaftsschule gemacht haben, um auf zukünftige Herausforderungen reagieren zu können.

Die Schuleinzugsbereiche sind dabei ein Instrument, bei dem sich jetzt jede Kommune genau überlegen kann, ob sie es braucht oder nicht. Der Bedarf ist von Kommune zu Kommune unterschiedlich; das geben wir zu. Deshalb ist es auch so richtig, wie wir es machen, dass es vor Ort entschieden wird.

Wenn Sie von CDU und FDP die Argumente zur Schulgesetzänderung 2006 in der Anhörung wirklich ernst genommen hätten, dann hätten Sie doch schon vor fünf Jahren genau diesen Weg gehen müssen. Genau dieser Weg ist schon damals empfohlen worden.

(Ralf Witzel [FDP]: Das wäre der Weg des Stillstands gewesen!)

Die Anhörung zum jetzt vorliegenden Gesetzentwurf hat noch einmal belegt, dass die meisten Verbände die Auflösung der damaligen Schuleinzugsbezirke weiterhin kritisch bewertet, und das, obwohl – das ist jetzt entscheidend für Sie, Herr Witzel – die Auflösung der Schuleinzugsbezirke bislang geringere Auswirkungen hatte als vermutet. Noch – ich betone: noch – haben wir nicht die von vielen befürchtete Separierung in Problembezirken, noch sind die Schulentwicklungsplanungen nicht flächendeckend gefährdet. Aber Ihre Gesetzesänderung wirkt auch noch nicht so besonders lange. Solche Prozesse sind Erosionsprozesse, die nicht von heute auf morgen ablaufen, sondern im Zeitraum von vielleicht zehn Jahren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Von daher ist es gut, dass wir an der Stelle jetzt eine Änderung vornehmen.

In einigen Kommunen – Herr Prof. Bovermann hat es eben gesagt – gibt es ja bereits gewisse Problemlagen. Der demografische Wandel – davon haben wir nun alle hinreichend gehört – und der Rückgang der Schülerzahlen wird die Probleme vor Ort noch verschärfen. Deswegen finden wir die neue Regelung in der vorgesehenen Form genau richtig. Das meinen übrigens nicht nur SPD und Grüne. Das waren gerade exakt die Worte der drei kommunalen Spitzenverbände in der Anhörung am 3. November.

Bei einem solchen Anhörungsergebnis, Frau Pieper-von Heiden, frage ich mich übrigens ernsthaft, was die FDP geritten hat, einen solchen Antrag zu stellen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD –  
Gunhild Böth [LINKE]: In der Tat!)

Frau Pieper-von Heiden, wie kann man nach einer solchen Anhörung und der wirklich übereinstimmenden Stellungnahmen aller drei kommunalen Spitzenverbände an einem Antrag festhalten, der so neben der Realität liegt?

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD –  
Serdar Yüksel [SPD]: Ignorant ist das! –  
Zurufe von der FDP)

Das ist kommunalfeindlich.

Ihr zentraler Vorwurf lautet, unsere vorgeschlagenen Regelungen würden das Elternrecht ignorieren. Dazu kann ich Ihnen nur sagen, dass es auch weiterhin möglich sein wird, genauso wie es früher möglich war, dem Wunsch der Eltern nach besonderen Schulprofilen zu entsprechen. Das war früher möglich, wurde so praktiziert und wird auch zukünftig so praktiziert werden.

(Zuruf von der FDP)

Also versuchen Sie von der FDP doch nicht, den Eindruck von Zwangsbeschulung gegen den Elternwillen an die Wand zu malen. Das ist falsch.

Wir haben es geschafft, eine Lösung zu präsentieren, die kommunalfreundlich ist, die die Elternrechte respektiert und die so unbürokratisch wie möglich ist. Wir geben Freiheit zur Gestaltung und lassen die Akteure vor Ort entscheiden. Eine solche intelligente Lösung hätten sich unsere Kommunen vor zehn Jahren gewünscht, und sie wünschen sie sich noch immer.

Deshalb möchte ich zum Schluss einen Auszug aus der aktuellen Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes zitieren: Die Entscheidung für optionale Schuleinzugsbereiche – jetzt kommt das Zitat –

„wäre ein Beitrag zum Standardabbau und zugleich eine Stärkung der immer wieder betonten Verantwortung vor Ort. Da diese von uns“

– also dem Städte- und Gemeindebund –

„geforderte Verantwortung vor Ort mit dem Gesetzentwurf nun Realität werden soll, ist die beabsichtigte Änderung ausdrücklich zu begrüßen.“

Dieser Aussage des Städte- und Gemeindebundes ist nun wirklich nichts mehr hinzuzufügen. Unser Weg ist der richtige Weg für Schulen und Kommunen in NRW. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Rüße. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Frau Kollegin Böth.

**Gunhild Böth (LINKE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich rege ich mich heute Morgen genauso auf wie gestern Abend, weil das, was Sie hier beantragt haben, völlig überflüssig ist. Sie können uns gerne Stunden beschäftigen, auch bis heute Abend 22 Uhr, aber lassen Sie wenigstens die Verwaltung nach Hause gehen, denn es wird nicht besser, wenn Sie Ihren Quark immer und immer wieder hier einbringen.

(Zurufe von der FDP)

– Auf mich brauchen Sie keine Rücksicht zu nehmen. Ich diskutiere auch heute Nacht um zwölf noch gerne mit Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Frage ist nur, Herr Witzel, ob Sie das noch machen können. Ich halte einmal das Protokoll hoch. In der Schule habe ich gelernt, man nimmt über mehrere Kanäle wahr, nicht nur über Sprechen, sondern auch über Sehen. Das ist das Protokoll der Anhörung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung und des Ausschusses für Kommunalpolitik.

Aus diesem Protokoll – abgesehen davon, dass die Stellungnahme gerade zitiert worden ist – stammt diese Seite.

(Die Rednerin hält eine Seite eines Ausschussprotokolls 15/53 hoch.)

Ich halte jetzt nicht alles hoch, aber ich überreiche es Ihnen gleich. Deshalb habe ich es extra kopiert.

Das Zitat stammt von Dr. Matthias Menzel, Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen. Damals konnten Sie es hören; denn: Sehen, Lesen und Hören sind wirklich wichtig.

(Heiterkeit und Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN –  
Lachen von der FDP)

Es steht dort. Sie waren beide anwesend; das möchte ich noch sagen. Das geht aus dem Protokoll hervor, Frau Pieper-von Heiden.

Dr. Matthias Menzel sagt:

„Wir sind klar für den Entwurf des Vierten Schulrechtsänderungsgesetzes ... Von zentraler Bedeutung ist für uns, dass kein Schulträger gezwungen wird, die Schulbezirke wieder einzuführen. Dies ist allerdings mit der beabsichtigten Regelung auch eindeutig nicht der Fall. Damit bekommen die Schulträger, die dies wünschen, wieder ein Steuerungsinstrument an die Hand. Daher sind die kommunalen Spitzenverbände mit der beabsichtigten Regelung ... einverstanden. – Danke sehr.“

Damit war das schon beendet. Das war ein mini-mäßiges Stückchen Vortrag, den der Städte- und Gemeindebund im Übrigen für alle gesagt hat und der darauf hinauslief: Gut, wunderbar, wir sind einverstanden. Danke!

Jetzt zu Ihrem Antrag: Ich finde den Antrag noch aus einem anderen Grund bemerkenswert und eigentlich unterirdisch. Herr Witzel, Sie sind doch Parlamentarischer Geschäftsführer Ihrer Fraktion.

Ich will es für alle, die dem Schulausschuss nicht angehören, erklären: Wir hatten Anträge der Linken zu all diesen Punkten. Wir haben sie alle einzeln gestellt; da haben wir in der Zwischenzeit gelernt. Daraufhin haben SPD und Grüne einen Entwurf für ein Viertes Schulrechtsänderungsgesetz vorgestellt – da stehen genau die gleichen Punkte drin. Sie sind nur als Entwurf für ein Viertes Schulrechtsänderungsgesetz zusammengefasst worden. Das war bereits im Juni. So weit, so gut.

Dann ist das Ganze in den Ausschuss gegangen und dort beraten worden. Es wurde genau über den Punkt beraten, auf den Sie hier abheben. Anschließend ist im Ausschuss, wie das bei jedem Gesetzesänderungsverfahren ist, eine Anhörung dazu gemacht worden. Da saßen die Vertreter all dieser Verbände.

(Die Rednerin hält das Protokoll hoch.)

Sie sehen, das Protokoll ist relativ umfangreich. Dazu haben wir noch eine Mappe mit schriftlichen Stellungnahmen erhalten.

(Ralf Witzel [FDP]: Dann sollten Sie dies mal sachgerecht auswerten!)

Jetzt wird es interessant, Herr Witzel. Es ist nämlich eine Gesetzesänderung. Wenn Sie daran irgendetwas ändern wollen, oder wenn Sie irgendetwas beibehalten wollen, kommen wir in ein schon laufendes Verfahren, und deshalb brauchen wir einen Antrag, der sich auf eine Gesetzesänderung bezieht, über die gerade im Schulausschuss beraten wird, überhaupt nicht.

Vielleicht haben Sie noch nicht verstanden – ich in der Zwischenzeit schon –, wie der parlamentarische Ablauf ist. Aber Sie sind doch schon viel länger dabei und als Parlamentarischer Geschäftsführer außerdem auch viel geübter darin als ich.

Es kann doch überhaupt nicht sein, dass dann zum Beispiel Herr Wiedon hier hinkommt und sagt: Ja klar, darüber diskutieren wir jetzt im Ausschuss. – Ja, prima! Wobei denn? Wie denn? Wir diskutieren doch darüber. Genau über diese Sache haben wir im Ausschuss schon diskutiert. Da haben Sie allerdings keinen Ton dazu gesagt.

(Zuruf von der FDP)

Dann hatten wir eine Anhörung dazu. Nächste Woche werden wir in der Ausschusssitzung über die

Auswertung dieser Anhörung diskutieren und eine Empfehlung für das Plenum formulieren.

Insofern passt der Antrag überhaupt nicht in diese Systematik. Vielleicht kann die Verwaltung einen Kurs anbieten, auch für Parlamentarische Geschäftsführer.

(Beifall von der LINKEN – Bärbel Beuermann [LINKE]: Ganzheitliches Lesen!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Böth. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Löhrmann.

**Sylvia Löhrmann**<sup>1)</sup>, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Frau Böth, es steht mir eigentlich nicht zu, aber ich erlaube mir den Hinweis trotzdem, weil ich davon ausgehe, dass Sie mit meinen jetzigen Anmerkungen humorvoll umgehen.

Ich finde, Ihr Vortrag hat gezeigt: Die Lehrerbildung in Nordrhein-Westfalen ist erstens besser als ihr Ruf.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Zum Zweiten hat sie zumindest bei Ihnen – das ist schon länger her; das war nicht in den letzten fünf Jahren, sondern es muss in den 39 Jahren gewesen sein, in denen die SPD für die Schulpolitik verantwortlich war –

(Beifall von der SPD)

zur Polyvalenz geführt, noch bevor andere diesen Begriff in das Gesetz oder in irgendwelche Verordnungen geschrieben haben.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Man merkt an Ihrem Tun, dass Ihre Lehrerbildung Sie offenbar auch für andere Vortragsmöglichkeiten qualifiziert hat.

(Gunhild Böth [LINKE]: Extrem geeignet ist!)

Aber zurück zum Antrag und zum Vortrag des Vertreters der antragstellenden Fraktion. Ich habe jetzt verstanden, dass der Antrag gar nicht dazu diente, in irgendeiner Weise gesetzgeberisch Einfluss zu nehmen, sondern Herr Witzel brauchte seinen täglichen Aufreger.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Seit gestern bekommen wir mit, dass Herr Witzel umso nervöser wird, je ruhiger und planvoller wir unsere Schulpolitik anlegen, je klarer die damit verbundenen Zielsetzungen sind und je weniger wir uns über kurzfristig eingetretene Zahlenergebnisse

aufregen oder unsere Politik daran festmachen. Umso mehr regt er sich auf, wenn er hier vorträgt. Wenn es nur gespielt ist, dann, finde ich, spielt Frau Böth besser als Sie. – Aber das nur am Rande.

Dazu dient also dieser Antrag. Man will damit keine Mehrheit finden und offenbar auch gar kein Ergebnis haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Eine böse Unterstellung!)

Herr Witzel, Sie sind seit zehn Jahren in diesem Parlament. Seit fünf Jahren sind Sie Parlamentarischer Geschäftsführer. Lassen Sie mich noch einmal auf zwei fundamentale Unterschiede hinweisen, was – rein sachlich – das Vorgehen betrifft.

Erstens. Es ist etwas anderes, wenn eine Regierung einen Gesetzentwurf einbringt. Deswegen liegen alle Adressaten falsch, die sich an dieser Stelle an mich wenden. Sie müssen, wenn überhaupt, Ihre Appelle an die Fraktionen richten. Das müssten Sie eigentlich wissen. Herr Wiedon ist noch neu im Parlament. Das ist der eine Punkt, bei dem Sie die Dinge offenbar nicht auseinanderhalten können oder nicht wollen, oder Sie setzen sich einfach darüber hinweg, weil Sie hier Ihre Aufregung zum Ausdruck bringen wollen.

Zweitens. Sie haben offensichtlich den Unterschied zwischen einem Schulversuch, wie er bei dem Thema Gemeinschaftsschule sowie G8 und G9 vorliegt, und einer gesetzlichen Grundlage zum Thema Schulbezirksgrenzen nicht verstanden. Sie haben nicht verstanden, worum es sich bei diesem Gegenstand handelt. Es kann zurzeit noch gar keine Veränderungen in den Gemeinden geben, weil das Gesetz noch gar nicht beschlossen ist. Auf diesen fundamentalen Unterschied will ich der Sache halber noch einmal hinweisen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Jetzt mache ich noch zwei andere Vorbemerkungen. Kollege Rüsse hat darauf hingewiesen, dass wir eine völlig andere Philosophie praktizieren als Koalition der Einladung und auch als Koalition der Ermöglichung. Wir arbeiten eben nicht mit Zwangsmaßnahmen, sondern wir geben den Menschen Gestaltungsspielräume.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Wir geben den Menschen Beteiligungsmöglichkeiten, und wir geben den Kommunen Beteiligungsmöglichkeiten.

Ein Zweites will ich als Vorbemerkung sagen: Sie haben von unseren „Emissären“ gesprochen, die da durch die Lande laufen. Das ist ein fundamentaler Unterschied zu vorher. Mir wurde bei den zwei Besuchen der Bezirksregierungen, die ich schon hatte, ein großer Dank vorgetragen für die Art und Weise, wie das Haus jetzt geführt wird, weil nämlich nicht von oben jemand käme und vor Ort den Bezirksregierungen oder den Schulen die Entscheidungen

abnehmen und an die Spitze des Hauses ziehen würde, um die ideologisch motivierte Politik durchzusetzen. Das machen wir nämlich nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Das ist lächerlich!)

Erkundigen Sie sich bitte einmal bei den Regierungspräsidien, wie die Führung des Hauses wahrgenommen wird! Mehr will ich dazu jetzt gar nicht sagen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Sternberg?

**Sylvia Löhrmann**<sup>1)</sup>, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ja.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Bitte schön, Herr Kollege.

**Prof. Dr. Thomas Sternberg** (CDU): Frau Ministerin, Sie haben eben gesagt, dass Sie keine Zwangsmaßnahmen wollen, keinen Zwang. Nun handelt es sich bei Schulbezirksgrenzen genau um Zwangsmaßnahmen, denn die Eltern werden ja dann daran gehindert, ihre Kinder auf die Schule zu schicken, die sie möchten.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Jetzt habe ich eine Frage. Auch Herr Bovermann hat vorhin darauf hingewiesen, dass ein Schulbezirk ein wichtiges Steuerungselement gegen soziale Segregation sei. Ich glaube, das ist der Kern der Debatte überhaupt. Können Sie sich vorstellen, dass genau diese soziale Segregation von Wohngebieten in Gemeinden oder Städten durch Schulbezirksgrenzen gefördert wird, indem Familien in diese Bezirke gar nicht mehr ziehen, weil sie gezwungen werden, ihre Kinder auf der Schule dort anzumelden?

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Sylvia Löhrmann**<sup>1)</sup>, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Der Punkt taucht in meinen Ausführungen sowieso auf. Bei dem, was ich zum Antrag vortragen möchte, Herr Sternberg, gehe ich gerne auf Ihre Frage ein. Ich weise allerdings auch darauf hin, dass ich das Diskutieren dieses Vorgehens der Vorgängerregierung so in Erinnerung habe, dass die FDP das ganz dringend wollte und Teile der CDU es im Grunde nicht wollten,

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

weil sie die kommunalen Steuerungsmöglichkeiten und die Bedenken, die aus kommunaler Sicht daran

festgemacht wurden, nicht für so entscheidend gehalten haben.

(Gunhild Böth [LINKE]: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?)

Auch meine Vorgängerin hätte wohl nicht so entschieden, wenn sie das so hätte machen können, wie sie es gewollt hat.

Meine Damen und Herren, der Antrag der FDP steht im inhaltlichen Kontext zweier Gesetzentwürfe von Landtagsfraktionen – zum einen im Kontext des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: „Viertes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen“; zum anderen im Kontext des Gesetzentwurfs der Fraktion Die Linke: „Gesetz zur Wiedereinführung der Grundschuleinzugsbezirke“. Beide sind vom 07.07.2010.

Diese Gesetzentwürfe sehen unter anderem die Einführung von Schuleinzugsbereichen als Option für die Schulträger vor, nicht aber die zwangsweise Installierung von Schulbezirken, wie im Antrag der FDP behauptet.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es stehen also auch noch Sachen drin, die gar nicht stimmen. Das muss man ja noch dazusagen.

Bei den Schuleinzugsbereichen handelt es sich – anders als bei den Schulbezirken – um planerische Elemente, die es den kommunalen Schulträgern zum Beispiel ermöglichen, eine gleichmäßige Auslastung der Schulen zu erreichen oder Schülerströme zu lenken. In den schriftlichen Stellungnahmen – Wiederholung ist ein wichtiges Prinzip, deswegen wiederhole ich das noch einmal, was gesagt worden ist – zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Schule und Weiterbildung vom 03.11.2010 haben der Städte- und Gemeindebund sowie der Städtetag die avisierte Einführung von Schuleinzugsbereichen nicht kritisiert, wie der Antrag der FDP vermuten lässt, sondern begrüßt.

(Ralf Witzel [FDP]: Es wurde gesagt, da gebe es keinen Bedarf!)

Demgegenüber haben die Landeselternkonferenz, die Landeselternschaft Grundschulen und die Landeselternschaft Realschulen den freien Elternwillen betont und daher die Einführung der Schuleinzugsbereiche abgelehnt.

(Ralf Witzel und Ingrid Pieper-von Heiden [FDP] sind in ein Gespräch vertieft.)

– Sie sind so beschäftigt, dass Sie sich noch nicht einmal freuen, wenn ich etwas vortrage, was dem eigenen Ansinnen entspricht. Das mag verstehen, wer will. Meine Damen und Herren, da weder der Gesetzentwurf „Viertes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen“ noch der Gesetzentwurf „Gesetz zur Wiedereinführung der Grundschuleinzugsbezirke“ vonseiten der

Landesregierung in den Landtag eingebracht worden sind, machen die durch die die Fraktion der FDP vorgeschlagenen Landtagsbeschlüsse, insbesondere die Landesregierung aufzufordern, auf die gesetzliche Wiedereinführung der Schulbezirke zu verzichten, keinen Sinn.

Unabhängig davon ist nicht die Landesregierung Gesetzgeber, sondern der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Auch das sollte eine Fraktion, die diesem Parlament länger angehört, eigentlich wissen. – So weit zum Thema Qualität.

Beide genannten Gesetzentwürfe befinden sich im parlamentarischen Beratungsprozess. Am 08.12. wird sich der Ausschuss für Schule und Weiterbildung erneut mit der Materie befassen, die Anhörung auswerten und eine Empfehlung an das Plenum formulieren. Die Fraktion der FDP hat damit die Möglichkeit, ihr Anliegen an geeigneter Stelle zu platzieren.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion der FDP geht von falschen Voraussetzungen aus, denn der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen sieht keinen Zwang zur Einführung von Schulbezirken vor. Den Schulträgern soll lediglich wieder die Möglichkeit eröffnet werden, Schuleinzugsbereiche zu bilden.

(Ralf Witzel [FDP]: Damit entscheiden politische Gremien und nicht die betroffenen Menschen!)

Das Schulgesetz 2005 sah demgegenüber zwingend die Bildung von Schuleinzugsbezirken für Grund- und Berufsschulen vor. Die vorliegenden Gesetzentwürfe wollen das jetzt wieder öffnen, und zwar für alle Schulformen. Damit wird den Kommunen je nach Lage vor Ort ein Steuerungsinstrument an die Hand gegeben und die Möglichkeit eröffnet, auf örtliche Fehlentwicklungen zu reagieren.

Herr Dr. Sternberg, bei der Gelegenheit möchte ich auf Ihre Frage zurückkommen. Die Kommunen können damit viel kreativer umgehen. Das muss auch nicht wie in dem Beispiel an der Haustür enden. Sie können nämlich überlappende Bereiche bilden. Insofern kann man beides schaffen: Man kann eine Wahlmöglichkeit für die Eltern schaffen, und man kann trotzdem einen Radius, in dem die Kinder wohnen, formulieren.

Natürlich ist es jederzeit möglich, besondere Schulprofile wie die Beispiele, die Herr Wiedon genannt hat, anzuwählen. Das war vorher möglich, und das wird auch weiterhin möglich sein. Insofern wird hier ein Popanz aufgebaut, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir alle wissen, dass die sogenannte freie Schuwahl zuweilen dazu geführt hat, dass Schulen in einem schwierigen Umfeld nicht mehr angewählt wurden und dadurch ungleiche Voraussetzungen für die Bildung und Förderung der Kinder vor Ort entstanden sind. Schulen brauchen gerade die Mischung von unterschiedlichen Kindern, um ihren Auftrag erfüllen zu können. Das sollen die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker vor Ort von Fall zu Fall entscheiden.

Unsere Landesregierung begrüßt diesen Ansatz und folgt ihm. Wir geben den Kommunen Gestaltungsspielraum, und sie entscheiden dann in eigener Freiheit und Verantwortung, ob, wann und in welcher Weise sie davon Gebrauch machen, meine Damen und Herren.

Der Antrag der FDP behauptet, dass die Kommunen den Gesetzentwurf ablehnen. Das Gegenteil ist der Fall. Am 3. November 2010 hat in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung und des Ausschusses für Kommunalpolitik Dr. Matthias Menzel, Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, für alle drei kommunalen Spitzenverbände erklärt – ich zitiere aus dem Ausschussprotokoll –:

„Wir sind klar für den Entwurf des 4. Schulrechtsänderungsgesetzes im Hinblick auf die Änderungen der §§ 46 Abs. 3 und 84 Abs. 1. Von zentraler Bedeutung ist für uns, dass kein Schulträger gezwungen wird, die Schulbezirke wieder einzuführen. Dies ist allerdings mit der beabsichtigten Regelung auch eindeutig nicht der Fall. Damit bekommen die Schulträger, die dies wünschen, wieder ein Steuerungsinstrument an die Hand. Daher sind die kommunalen Spitzenverbände mit der beabsichtigten Regelung zu den Schulbezirken in den §§ 46 Abs. 3 und 84 Abs. 1 einverstanden.“

So weit die kommunale Familie.

Meine Damen und Herren, insbesondere in den Großstädten ist es zu Verschiebungen gekommen, die auch zu Beschwerden abgewiesener Eltern geführt haben. Die Schulträger haben sich zum Teil unzufrieden über die nicht mehr vorhandene langfristige Planbarkeit der Anmeldungen gezeigt. Wir wollen die Steuerung der örtlichen Verhältnisse wieder dahin geben, wo sie hingehört: an die Kommunen vor Ort. Unsere Landesregierung arbeitet mit den Kommunen auf Augenhöhe und nicht mit Zwangsmaßnahmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Ratajczak.

**Marc Ratajczak<sup>1)</sup>** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mitunter hat mich die Diskussion schon ein bisschen an Don Quijote erinnert: Sie kämpfen gegen Windmühlen, holen sich ständig eine blutige Nase, und irgendwie passiert doch nichts. Man kann es auch mit „Trockenschwimmern“ oder „König ohne Volk“ beschreiben. Schon gestern haben wir festgestellt: Ihre Gemeinschaftsschulen haben zwar vielleicht 80 Interessenten, am Ende gab es aber nur eine Anmeldung bzw. Genehmigung.

(Ralf Witzel [FDP]: Zwei!)

G8/G9 war ein Flop, und jetzt möchten Sie die Schulbezirksgrenzen wieder einführen. Ich werde Ihnen gleich noch ein paar Kommunen nennen, Herr Prof. Bovermann – Sie wollten ja ein paar Beispiele haben –, die sich schon geoutet haben. Das gebe ich Ihnen für das Wochenende mit auf den Weg,

(Beifall von der CDU und von der FDP)

damit Sie sehen, dass sehr viele Kommunen, auch recht prominente, die die Schulbezirksgrenzen nicht wieder einführen wollen.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Ja, das ist doch in Ordnung!)

Herr Rüsse, Sie haben von Profilen gesprochen, die die Grundschulen einführen können, bzw. es gibt Profilschulen, an denen die Eltern ihre Kinder ohnehin anmelden können. Das heißt letztendlich, dass es in Zukunft noch mehr Privatschulen geben wird, was wir als CDU sehr begrüßen.

(Gunhild Böth [LINKE]: Ah! Jetzt kommt das auch noch!)

Bevor wir 2005 regiert haben, wurden die Privatschulen von Rot-Grün kleingehalten. Wir haben sie gefördert und auch mehr Geld ins System der Privatschulen gegeben. Sie können doch jetzt nicht sagen, dass die Eltern ihre Kinder in Zukunft an Profilschulen anmelden sollen, wenn Sie diese privaten Anbieter jahrelang bekämpft haben.

Frau Löhrmann, Sie haben gesagt: Eigentlich ändert sich nichts, weil alle Schulen nach wie vor alles können; sie könnten jetzt überlappen usw. – Letztendlich bauen wir aber doch nur wieder eine riesige Bürokratie auf.

(Gunhild Böth [LINKE]: Das ist doch völliger Quatsch!)

Die Schulämter müssen dies alles wieder einführen bzw. neue Grenzen schaffen, Überlappungen usw.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Müssen sie nicht!)

Wir sind gegen Bürokratisierung. Deshalb lehnen wir das ab, zumal die Kommunen eine Regelmög-

lichkeit haben: Sie können die Zügigkeiten festlegen. Das tun sie jetzt schon sehr erfolgreich.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Mit der Zügigkeit haben sie ein sehr gutes Werkzeug an der Hand, den Strom der Kinder zu steuern.

(Beifall von der FDP)

Einen Punkt möchte ich noch ansprechen, Herr Prof. Bovermann: Nur weil eine Schule recht viele Kinder mit Migrationshintergrund hat, ist das noch lange kein Grund, sie zu schließen.

(Gunhild Böth [LINKE]: Oh! Haben Sie nicht zugehört?)

In der Nachbarstadt meines Wahlkreises gibt es eine Schule mit hohem Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, die sehr erfolgreich tätig ist. Der Kollege Wiedon hat gerade Schulen in Bilk aufgezählt, in denen das auch der Fall ist. Allein der Anteil an Migrationskindern kann sicherlich nicht der Grund gewesen sein, die Schule in Hattingen zu schließen.

Ich helfe gerne weiter, wenn Sie nicht wissen, welche Städte sich schon geoutet und gesagt haben: Schulbezirksgrenzen sind Quatsch, die brauchen wir nicht, wir kommen super klar. – Herr Prof. Bovermann, die schulpolitische Sprecherin der Grünen in Aachen beispielsweise hat in einer Pressemitteilung vom 20. Juli erklärt: Die Wiedereinführung der Schulbezirksgrenzen ist nicht nur überflüssig, sondern kontraproduktiv. – Das finde ich schon sehr bemerkenswert.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Die Heimatstadt von Frau Löhrmann, Solingen, hat überhaupt kein Bedürfnis,

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Das weiß ich ja! Muss sie doch auch nicht!)

Schulbezirksgrenzen einzuführen.

(Beifall von der FDP – Sigrid Beer [GRÜNE]: Brauchen sie doch nicht!)

Besonders interessant finde ich: Selbst Ihre eigenen roten Hochburgen, die eigentlich Ihr Rückgrat sein sollten,

(Zuruf von Renate Hendricks [SPD])

stechen Ihnen noch ein Messer ins Kreuz, beispielsweise Dortmund.

(Sigrid Beer [GRÜNE] meldet sich zu Wort.)

Zunächst möchte ich aber sehr gerne die Zwischenfrage von Frau Beer zulassen, Herr Präsident.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Das Geburtstagskind ist heute großzügig. Herr Kollege Ratajczak, herzlichen Dank. – Bitte schön, Frau Beer.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Danke, Herr Präsident, und herzlichen Dank an den Kollegen Ratajczak. Können Sie irgendeine Absicht der Koalitionsfraktionen erkennen, dass die Kommunen gezwungen werden, die Schuleinzugsbereiche wieder einzuführen?

**Marc Ratajczak<sup>\*)</sup> (CDU):** Frau Beer, es geht nicht darum, ob sie gezwungen werden oder nicht, es geht darum, dass wir keine Handlungsnotwendigkeit sehen, dass daran überhaupt etwas verändert wird.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Denn es läuft gerade sehr gut. Damit geben wir den Kommunen auch eine gewisse Entlastung.

Weitere Beispiele: Recklinghausen, Gladbeck, Mülheim – die Stadt von Frau Kraft –, all diese Städte wollen die Schulbezirksgrenzen nicht wieder einführen.

(Sigrid Beer [GRÜNE] meldet sich erneut zu Wort.)

– Frau Beer, bitte.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Beer, Sie können die Großzügigkeit des Kollegen nutzen.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Danke, dass ich es ausnutzen darf, zweimal zu fragen: Herr Ratajczak, wie erklären Sie sich dann, dass die kommunalen Spitzenverbände dieses Angebot begrüßen?

**Marc Ratajczak<sup>\*)</sup> (CDU):** Sie haben es, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, nicht begrüßt, sondern sie haben gesagt, man kann es einführen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Doch! – Gunhild Böth [LINKE]: Soll ich es Ihnen noch einmal vorlesen? Wiederholung dient auch dem Verständnis!)

– Ja, danke. Frau Böth, es gibt zweierlei, was ich zu Ihnen sagen möchte: Auf der einen Seite finde ich es schade, dass die Linken und damit auch Sie hier eingezogen sind. Auf der anderen Seite finde ich es gut, weil die Schüler in Wuppertal dann Ruhe vor Ihnen haben.

(Beifall von der CDU)

Ich will nicht besonders persönlich werden, aber, mit Verlaub, dieses Oberlehrerhafte ist vielleicht auch nicht immer das, was hier an dieser Stelle gut und richtig ist. Jeder argumentiert auf seine Weise. Man muss aber nicht irgendwelche unverschämten Forderungen gegenüber dem Kollegen Witzel erheben, den ich wirklich sehr schätze, selbst wenn ich im Thema nicht immer einer Meinung mit ihm bin, denn man kann so oder so argumentieren. Aber, wie ge-

sagt: Das Oberlehrerhafte ist an der Stelle etwas übertrieben. Ich will meine Redezeit dafür aber jetzt nicht mehr weiter hergeben.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, keine weiteren Zwischenfragen? Verstehe ich das richtig? Ich hätte eine.

**Marc Ratajczak**<sup>\*)</sup> (CDU): Wer denn?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Böth.

**Marc Ratajczak**<sup>\*)</sup> (CDU): Ach Gott. Ja.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Bitte schön, Frau Böth.

**Gunhild Böth (LINKE):** Danke. – Ich habe im Januar eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern meiner ehemaligen Schule hier. Sind Sie bereit – damit sie, wenn sie da sind, nicht nur mit mir reden, sondern auch mit Ihnen –, mit ihnen zu reden? Dann können Sie sie ja auch mal fragen, wie sie es gefunden haben, dass ich dort an der Schule war und wie mein Unterricht war. Dann haben Sie sozusagen die freie Auswahl des Meinungsspektrums. Da ich – diese Idee schwang bei Ihnen mit – keine Druckmittel mehr über die Noten habe, werden die Ihnen wahrscheinlich auch ehrlich antworten. Sind Sie bereit, teilzunehmen?

**Marc Ratajczak**<sup>\*)</sup> (CDU): Ich bin gerne bereit, daran teilzunehmen, wenn es mir möglich ist. Das ist gar kein Problem. Ich spreche immer wieder gerne mit Schülerinnen und Schülern.

(Gunhild Böth [LINKE]: Wunderbar!)

Zurück zum eigentlichen Thema. Wir wollen heute letztendlich nicht über Ihre Schüler sprechen, sondern über Schulbezirksgrenzen oder wie auch immer Sie die benennen wollen.

(Gunhild Böth [LINKE]: Sie haben über mich geredet!)

Mülheim, die Stadt der Ministerpräsidentin, wird sie nicht einführen. Selbst Ihr SPD-Kollege und Vorsitzender des Schulausschusses hat gesagt – ich zitiere ihn so –, dass er sich nicht vorstellen könne, sie einzuführen, sondern es in Oberhausen eventuell so weiterlaufen zu lassen, wie es gerade ist.

Auch in meinem Wahlkreis, in Velbert, habe ich noch einmal mit dem Schulamtsleiter telefoniert. Dort wird auch alles so bleiben. Es gibt also wirklich keine Kommune, die sofort Hurra geschrien hätte, weil es notwendig wäre. Letztendlich kann ich es wieder so zusammenfassen, Frau Löhrmann: Das ist erneut ein Thema, bei dem Sie kein

Volk hinter sich stehen haben. Sie führen zwar nett etwas ein, das aber keine Innovation und weiß Gott auch nicht besonders neu ist, nämlich einer Kommune etwas möglich zu machen. Das kann ich derzeit überhaupt nicht erkennen.

Wir reden die ganze Zeit über Grundschulen. Viel schlimmer finde ich an der Stelle das Thema „Sekundarstufe I“.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wenn ich bei drei Gymnasien Schulbezirksgrenzen in einer Stadt einführe, sich aber alle drei Gymnasien ein Profil gegeben haben – mathematisch, germanistisch, sportlich; wir haben beispielsweise in Düsseldorf Sportgymnasien, die sehr erfolgreich sind –, ist es in Zukunft gar nicht mehr möglich, dass jemand nach seiner Neigung Schulen besuchen kann. Das ist in der Debatte aus meiner Sicht gerade umgefallen.

Oder, Frau Löhrmann, meine Damen und Herren von der Koalition, ist das vielleicht die Notwendigkeit, Ihre bisher nicht besonders beliebte Gemeinschaftsschule über die kalte Küche einzuführen, indem man jetzt versucht, in solchen Stadtgebieten eine Gemeinschaftsschule zu initiieren und damit die Kinder quasi zwingt, eine solche Schule zu besuchen?

(Beifall von der FDP – Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Genau! – Ralf Witzel [FDP]: Einheitsschule durch die Hintertür!)

Es könnte sicherlich eine Überlegung wert sein, ob es vielleicht so ist.

Nein, meine Damen und Herren, aus meiner Sicht haben Sie sich mit einem Thema wieder unnötigerweise eine blutige Nase geholt. Die landesweite Ablehnung der Wiedereinführung der Schulbezirksgrenzen zeigt, dass die alte Landesregierung eine erfolgreiche Schulpolitik zugunsten der Schülerinnen und Schüler sowie ihrer Eltern gestaltet hat. Sie haben sich wieder mit einem nicht notwendigen Thema eine blutige Nase geholt, ohne dass es notwendig wäre. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Ratajczak. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Link das Wort.

**Sören Link (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir drei kurze Anmerkungen.

Erstens zum Thema „Privatschulen – Ersatzschulen“. Herr Ratajczak, auch wenn Sie heute Geburtstag haben, möchte ich Ihnen sagen: Wir haben in Nordrhein-Westfalen vor 2005 die beste Ersatzschulfinanzierung in ganz Deutschland gehabt. Von Ihnen, der CDU und der FDP, brauchen wir in

keiner Art und Weise irgendeine Belehrung zum Thema „Situation der Ersatzschulen“.

Im Nachtragshaushalt 2010, dem ersten, den wir in wenigen Tagen diskutieren werden, sind 30 Millionen € zusätzlich für diesen Bereich eingestellt. Auch an dieser Stelle gilt: Wir brauchen von Ihnen keine Nachhilfe!

Zweitens: Wenn Sie irgendeine Befürchtung haben, dass alle Kommunen flächendeckend gezwungen werden, Schuleinzugsbezirke oder Schuleinzugsbereiche zu gründen, kann ich Sie nach dieser Debatte und der Anhörung, die wir geführt haben, völlig entwarnen und beruhigen: Das wird nicht passieren. Ein Blick ins Gesetz hätte gereicht: Das wollen wir nicht. Wir geben den Kommunen als „Koalition der Ermöglichung“ die Chance, vor Ort zu entscheiden, ob und wie sie es wollen. Wir glauben an die Kommunen als Bildungsträger.

Dass Sie nicht daran geglaubt haben, ist bedauerlich und mit Sicherheit Teil Ihrer Wahlniederlage 2010 gewesen. Wir glauben daran und ermöglichen es. Wenn nicht 100 % aller Kommunen, sondern vielleicht nur 10 % aller Kommunen das nutzen, soll es uns recht sein. Aber diese 10 % haben das gewollt und gebraucht. Ich kann Ihnen sagen: Es wird Kommunen geben, die das vielleicht nicht morgen oder nächstes Jahr machen, aber vielleicht übernächstes Jahr. Wenn es für diese Kommunen dann wichtig und gut ist, soll es mir recht sein.

(Beifall von der SPD)

Letzter Punkt – und da schwillt mir der Kamm –: Sie gerieren sich hier, als hätten Sie fünf Jahre lang dafür gesorgt, dass es die freie Schulwahl gibt.

(Ralf Witzel [FDP]: Ja!)

Ich kann nur sagen: Weit gefehlt!

(Renate Hendricks [SPD]: So ist es!)

Sie sind die Koalition, die ein unsägliches und katastrophales G8 eingeführt hat, das einen Schulformwechsel in der Sekundarstufe I unmöglich macht. Dafür sind Sie verantwortlich. Sie haben den Prognoseunterricht eingeführt, ein absonderliches Instrument, das zehnjährigen Kindern im Grunde ein Abitur aufbürdet. Das haben Sie eingeführt. Sie haben die verbindlichen Grundschulgutachten eingeführt. Sie haben die freie Schulwahl in Nordrhein-Westfalen abgeschafft. Dafür sind Sie verantwortlich.

Dafür sind Sie verantwortlich abgewählt worden.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Link. – Für die grüne Fraktion spricht Frau Kollegin Beer.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in dieser Woche drei Mal Gelegenheit gehabt, schulpolitisch zu diskutieren.

Jedes Mal ist dabei das deutlich geworden, was heute interessanterweise auch in der „Aachener Zeitung“ zu lesen ist – ich zitiere –: „Dass weder CDU noch FDP derzeit dazu in der Lage sind, in der Schulpolitik nachzusetzen und permanenten Druck auszuüben, liegt wohl auch daran, dass vor allem die CDU tief im Inneren nicht davon überzeugt scheint, ein besseres Konzept als Löhrmann präsentieren zu können.“ – Ich glaube, das beschreibt die Debattenlage und die gesamte schulpolitische Lage in Nordrhein-Westfalen sehr gut.

Dass die FDP auch nicht in der Lage dazu ist und überhaupt kein Konzept hat, zeigen die Eruptionen, die uns Herr Witzel immer präsentiert –

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

ich habe ja schon richtig Angst, wenn ich das sehe, und möchte dann am liebsten mit dem Wasserglas oder dem Blutdruckmessgerät kommen.

Ich empfinde es wirklich als Verhöhnung der Schülerinnen und Schüler, der Eltern und der Schulen, wenn Sie sich hier hinstellen, Herr Witzel, und noch nicht einmal zwischen Zwang und Option unterscheiden können. Der Kollege hat es gerade gesagt: Sie haben die Zwangsschulzeitverkürzung zu verantworten,

(Ralf Witzel [FDP]: Ooh!)

Sie haben das Aussetzen des Elternwillens beim Übergang in die weiterführende Schule zu verantworten, und Sie haben Kinder zwangszugewiesen zu Schulformen, zur Hauptschule und zu anderen. Das ist Ihre Politik der letzten Jahre gewesen. Damit ist allerdings Schluss.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will auch gern noch ein Beispiel nennen, warum es sinnvoll ist, Schuleinzugsbereiche den Kommunen an die Hand zu geben. Ich schaue dabei nach Bielefeld: 40.000 Eltern haben dort unterschrieben, um gegen die Schließung von kleinen Grundschulen mobil zu machen. Da ist es in der Tat sinnvoll, wenn man solche kleinen Einheiten erhalten will, auch über eine längere Zeit zu garantieren, dass die erforderliche Schülerinnenzahl da ist. Dann muss sich eine Kommune mit den Eltern zusammensetzen und genau über solche Instrumente beraten.

Wir geben den Kommunen diese Instrumente an die Hand. Es ist eine gute Lösung, weil kein Zwang verursacht wird, auf der anderen Seite aber endlich die Optionen gegeben werden. Das ist der grundsätzliche Paradigmenwechsel hier in Nordrhein-Westfalen. Herr Witzel, da können Sie sich aufre-

gen, wie Sie wollen – da kommen Sie einfach nicht hinterher.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Gunhild Böth [LINKE])

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Als nächster Redner spricht für die FDP-Fraktion Herr Witzel.

**Ralf Witzel (FDP):** Herr Präsident! Nur noch ein paar kurze Anmerkungen.

Zunächst zu Ihnen, Frau Böth: Wir sollten demnächst wirklich mal ein Lesestündchen veranstalten. Ich zeige Ihnen dann auch mal, was es bedeutet, zwischen den Zeilen zu lesen,

(Zuruf von der SPD: Das können Sie doch gar nicht!)

wie bestimmte Formulierungen zu verstehen sind und was sie bedeuten. Ich glaube, da können wir uns einmal über Textexegese und anderes unterhalten.

Zu Frau Löhrmann und Frau Beer, damit wir an einer Stelle Klarheit bekommen: Niemand hat gesagt – und es steht auch nicht im Antrag –, dass Sie hier die Kommunen zwingen würden, ganz bestimmte Entscheidungen zu treffen. Trotzdem ist es richtig, von einem zwangsweisen System zu sprechen, weil Sie nämlich vor Ort den politischen Mehrheiten die Instrumente an die Hand geben, diesen Zwang betroffenen Menschen gegenüber anzuwenden.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP] – Zuruf von der SPD: Ooh!)

Deshalb ist es richtig, an dieser Stelle von „Zwang“ zu reden – nicht, weil Sie, Frau Löhrmann, konkret für eine Schule irgendeinen Schulbezirk festlegen, sondern weil Sie den rot-grünen oder rot-rot-grünen Mehrheiten vor Ort die Instrumente geben, das Elternrecht derjenigen, die bisher frei entscheiden konnten, an dieser Stelle einzuschränken, was bislang eben nicht möglich war. Wenn es auch nur eine einzige Kommune gibt, die von Ihrem Instrumentenkasten Gebrauch macht, führt das im Ergebnis zu weniger Wahlfreiheit und dazu, dass die armen, betroffenen Eltern, die dann zu der Minderheitenkonstellation am Ort gehören, die entsprechenden Wahlrechte für ihr Kind nicht mehr haben.

Noch eine letzte Anmerkung, weil ja auch bei Ihnen das Stichwort „soziale Segregation“ eine wichtige Rolle gespielt hat. Das können Sie sich ganz einfach logisch herleiten: Wenn es einen Schulbezirk gibt, der wie eine Mauer wirkt, dann ziehen Sie einen Zaun um einen sozialen Brennpunkt. Niemand, der dort wohnt, kommt dann dort wieder heraus; er wohnt dort und darf sich von vornherein nicht dafür interessieren, irgendeinen anderen Schulstandort zu besuchen. Umgekehrt ist dieser Schulbezirk ein

Schutzwall um das Villenviertel, weil er nämlich verhindert, dass irgendjemand, der nicht dort wohnt, dort hineinkommen kann – selbst, wenn an dieser Schule Plätze frei sind oder sie ganz bestimmte Angebote hat.

Deshalb ist die Festkopplung von sozialem Wohnort und der dort liegenden Schule gerade dann gegeben, wenn Sie die Mauern errichten. Wir aber wollen Mauern einreißen, weil wir mehr Freiheit für mehr Menschen wollen – und nicht mehr staatlichen Zwang für bevormundete Eltern.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Obwohl ich heute nicht Geburtstag habe, Herr Witzel, war ich jetzt sehr großzügig mit der Zeit. – Ich habe keine weitere Wortmeldung mehr.

Dann kommen wir zur Abstimmung.

(Britta Altenkamp [SPD]: Jippie!)

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 15/543** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Stimmt dem jemand zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

### **3 Gesetz zur Änderung des § 76 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/666

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD Herrn Kollegen Herter das Wort.

**Marc Herter (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 29. Oktober hat der Landtag beschlossen, bezüglich einer notwendigen Flexibilisierung des Gemeindehaushaltsrechts – ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten – „über die dazu unabweisbar notwendigen Änderungen der Gemeindeordnung ... schnell und konsequent zu entscheiden“. Der Beschluss trägt nicht nur den Absender von SPD, Grünen und CDU, sondern in diesem Punkt hat auch die FDP mitgestimmt.

Grundlage war ein gemeinsamer Maßnahmenplan zur Stärkung der Kommunalfinanzen und damit auch, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern vor Ort wieder mehr Spielraum dazu zu ermög-